

Platz abbeck

Nr. 1, 10. Februar 2009

DIE LINKE.KÖLN

DIE LINKE. Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE. Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Ein guter Start ins Schulleben für Alle!

Unsere Fraktion DIE LINKE. Köln beantragt auf der Februarsitzung des Rates, dass die Erstaussstattung (Schulranzen, Mäppchen etc.) für Erstklässler mit Köln-Pass in Höhe von 160,- Euro von der Stadt finanziert werden soll. Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 27.1.2009, in dem die Festsetzung der Hartz IV-Regelsätze für Kinder für verfassungswidrig erklärt wurde, bestärkt die Fraktion in ihrer Forderung.

Jedes vierte Kind in Köln ist nach der offiziellen Statistik arm. Die tatsächliche Zahl liegt viel höher, denn Kinder von Eltern, die kein aufstockendes ALG II beantragt haben oder knapp über dem Satz liegen, sind hierbei nicht erfasst.

Mit der Einführung der Hartz-Gesetze wurde Armut per Gesetz untermauert. Die im ALG II vorgesehenen Regelsätze sind nicht dem tatsächlichen Bedarf angemessen. Deshalb müssen diese menschenwürdigen Gesetze abgeschafft werden.

Ganz besonders deutlich wird dies bei den Regelleistungen für Kinder. Denn bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres hat ein Kind lediglich Anspruch auf 60 % des Erwachsenensatzes. 60 % bedeuten 208 Euro für Essen, Trinken, Kleidung, Spielen, Lernen etc.

Dass dies nicht tragbar und nicht verfassungskonform ist, bestätigten mittlerweile auch Gerichte.

Der Zugang zur gleichberechtigten Bildung für alle ist eine zentrale Frage, doch er kann keineswegs den Gegensatz von Arm und Reich aufheben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Armut und Reichtum entscheiden über den Zugang zur Bildung. Armut ist ein Bildungshindernis. Bildungschancen werden nach sozialer Herkunft verteilt.

Betrachtet man den Regelsatz von 208 Euro, so fällt auf, dass lediglich 1,79 Euro für Papier und Schulmaterial von Kindern vorgesehen ist.

weiter auf Seite 2

Prof. Dr. Bietmanns Seilschaft

Bietmann – Müller – Schröder. Auch wenn die Ereignisse schockierend sind, so kommt doch langsam Klarheit in die Zusammenhänge verschiedener Skandale: Die Privatisierungspolitik der CDU seit 2000, die vielen riskanten Finanzgeschäfte, der Bau der Messehallen und die dramatischen Verluste der Sparkasse.

Der Grad an krimineller Energie hat sich seit dem Skandal um die Müllverbrennungsanlage enorm gesteigert. Heugel hat sein Insiderwissen genutzt, um einen kleinen Gewinn beim Aktienspekulieren zu ergattern. Rütter hat die Hand aufgehoben. All das sind aber Zückerchen gegenüber dem, was Bietmann einfädelt, Schröder umsetzt

und von dem auch Bürgermeister Josef Müller profitierte. Bietmann nutzte den Rat und die Aufsichtsräte für seine persönliche Geschäftstätigkeit.

Besonders perfide war, dass Bietmann 1999, nach dem Wahlsieg der CDU, über Korruption kritisch diskutierte und gleichzeitig im noch größeren Umfang Stück um Stück eine Seilschaft aufbaute. Dabei ging er sogar so weit, dass er im März 2002 Gustav Adolf Schröder rettete. Schröder war in den SPD-Spendenskandal verwickelt. Bietmann stellte sich ganz öffentlich vor ihn.

Ein Jahr später hatte er seinen Beratervertrag über 900.000 Euro. Bietmann hat dann zusammen mit Schröder eine feste Beziehung zum Bankhaus Oppenheim entwickelt. Fast wie im Bilder-

buch zeichnet Bietmann die Genehmigung für einen Beratervertrag Schröders mit dem Bankhaus Oppenheim gegen.

Auffällig ist: Herr Bietmann war immer in Aufsichtsräten von öffentlichen Unternehmen tätig, die Gewinne machten, und er setzte über Privatisierungen und riskante Finanzgeschäfte seine Seilschaften in Gang. Die riesigen Verluste beim Bau der Messehallen, beim Umbau der Rheinhallen und der Vermietung an RTL und Talanx bekommen jetzt ein Gesicht. Die Akteure sind entlarvt.

Und was ist mit der übrigen Seilschaft und den Mitläufern? DIE LINKE. Fraktion hat eine Anfrage in den Rat eingebracht, in der sie weiter bohrt: Welche Verbindungen gibt es über Bietmanns Beraterfirma PKS u.a. zum Geschäftsführer der Städtischen Kliniken, Herrn Hecker?

Es gibt derzeit keine gesetzlichen Regelungen, die eine Karenzzeit zwischen der Tätigkeit in Rat und Aufsichtsräten regelt. Das ist dringend nötig und wurde erst kürzlich von der Mitgliederversammlung der LINKEN in Köln gefordert. Ein solches Gesetz müsste sowohl die Möglichkeit unterbinden, auf Grund früher geknüpfter Kontakte hochdotierte und in ihren Leistungen nicht überprüfbare Beraterverträge abzuschließen (Fälle

Bietmann und Müller), wie auch das Überlaufen zum früheren Vertragspartner oder zur Konkurrenz zu unterbinden (Fall Ruschmeier).
Jörg Detjen



Bietmann, Müller, Schröder

Fortsetzung von Seite 1: *Guter Start ins Schulleben für Alle*

Zwar hat die Bundesregierung angekündigt, auf ein Jahr verteilt 100 Euro mehr für den laufenden Bedarf an Schulmaterial zur Verfügung zu stellen, aber dennoch bleibt festzuhalten, dass diese Beträge lächerlich gering sind. Allein die Erstausrüstung eines i-Dötzchens (Schulranzen, Turnsachen, Mäppchen, etc. – einfache Grundausstattung ohne Markenartikel) kostet laut Kinderschutzbund mindestens 160 Euro. Geht man noch von den derzeit 1,79 Euro für Schulmaterial aus, müsste ein Elternpaar bereits zwei Jahre vor der Geburt eines Kindes mit dem Ansparen beginnen und könnte hiermit nur die Grundausstattung finanzieren. Kinder aus Hartz-IV-Haushalten können das nicht bezahlen.

So ist unsere Fraktion der Meinung, dass die Stadt diese Kosten für Kinder von Köln-Pass Inhabern übernehmen soll, bis sich grundsätzlich etwas an den Regelsätzen ändert. Denn allen Kindern muss ein guter Start ins Schulleben ermöglicht werden, egal ob Reich oder Arm!

Kinder sollen bei der Einschulung merken, dass sie in unserer Stadt willkommen sind und respektiert werden. So soll auch die Erstattung mit einem Begrüßungspaket von freien Eintrittskarten von städtischen Kultureinrichtungen ergänzt werden.

Die Erstausrüstung wird die soziale Selektion in der Bildung nicht aufheben, aber sie ist ein kleiner Beitrag, der Kindern einen angemessenen Start sicherstellen soll.

Kinder stellen die Zukunft der Stadt dar und für ihre Zukunft sollte die Stadt bereit sein in die Taschen zu greifen.

Özlem A. Demirel

Wirklich nichts geleistet für das ganze Geld?

Bietmann, Müller und Oppenheim-Esch

Skandal! „Entsetzen“ und „Betroffenheit“ bei den Parteikollegen. Viel ist in diesen Tagen zu lesen über Bietmann, Müller und ihre „Beraterverträge“. Doch unter all diesen Informationen gehen zentrale Fragen unter: Wer hat davon profitiert, dass die beiden jetzt Ertappten auf der Gehaltsliste der Sparkasse standen? Typisch für die „Aufklärung“ von Skandalen in Köln ist das Ausblenden von Zusammenhängen und Interessenlagen durch Medien und etablierte Parteien. Es ist naiv zu glauben, SK-Chef Schröder (ehemals SPD) hätte Bietmann, Müller (und wem noch ...?) die „Versorgungslücken“ aufgefüllt, ohne sich Gegenleistungen zu erhoffen.

Beide Fälle weisen darauf hin, dass die SK unter Schröder die alte deutsche Kapitalisten-Tradition der „Landschaftspflege“ fortgesetzt hat. Politiker werden, meist nicht in beweisbarem Zusammenhang mit den von ihnen erwarteten Taten, mit Zahlungen bedacht und so in das Interessensystem eines oder mehrerer Konzerne eingebunden.

Zentral für die SK-Spitze in dieser Zeit war, das macht der massive persönliche Einsatz von Schröder deutlich, die Auftragsvergabe für den Bau der Messehallen Nord und der Umbau und die Vermietung der Rheinhallen durch den Oppenheim-Esch-Immobilienfonds. Schröder agierte teilweise wie ein Beauftragter des Fonds, drückte und drängelte, besserte dessen Angebote nach und setzte letztendlich gegen den Willen von Messe-Chef Jochen Witt durch, dass die neuen Hallen über ein Investoren-Modell finanziert werden und Messe und Stadt über 30 Jahre Miete bezahlen.

Schröder hatte „sein“ Institut wohl als eine Art Juniorpartner gesehen, der sich erst einmal über das Absichern von Risiken für den Partner hocharbeiten musste. Möglicherweise stand die SK auch vertraglich beim Oppen-

heim-Esch-Fonds in der Pflicht, weil die Gewinne aus dem Ossendorf-Medienzentrum ausgeblieben waren.

Viele Mechanismen des Messe-Deals sind inzwischen recherchiert worden. Bekannt sind die 90 Millionen Euro „Baunebenkosten“, die der Fonds berechnet hat. Auch die Rechnung der WDR-Journalisten, dass der Bau um rund 300 Millionen Euro zu teuer ist, kann leicht nachvollzogen werden.

Ein „missing link“ des Messe-Deals war aber immer die Antwort auf die Frage, warum die Politiker aller etablierten Parteien ein Geschäft abgeschlossen haben, was so offensichtlich die Stadt benachteiligt und den privaten Investoren Gewinne garantiert. Bei einigen Punkten ist der Rat falsch informiert worden. Das trifft aber mindestens auf die Verwaltungs- und Fraktionsspitzen und die im Finanzausschuss des Messe-Aufsichtsrates vertretenen Parteien nicht zu. Sie konnten mehr wissen.

Korruption, so war zu vermuten, musste im Spiel gewesen sein. Bietmann und Müller bieten, auch wenn das möglicherweise nicht unter den sehr eng gefassten juristischen Begriff der Korruption fällt und schwer nachzuweisen sein wird, die ersten konkreten Anhaltspunkte in diese Richtung.

Sie haben durch die Zahlungen eine direkte materielle Verbundenheit mit ihrem Brötchengeber, der Sparkasse Köln-Bonn, gehabt. Sie verfügten beide über die Möglichkeiten, für die SK wichtige Vorhaben politisch zu beeinflussen, im Rat und in der Partei, als Verwaltungsratsmitglied, Bietmann auch nach seiner Zeit im Rat.

Es wäre allerdings verwunderlich, wenn sie die einzigen wären, die sich den Plänen der SK-Spitze und des Oppenheim-Esch-Fonds so unmittelbar verbunden fühlten.

Claus Ludwig

Solidaritätsadresse von Ulla Lötzer (MdB, DIE LINKE.) an die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

In der Ersten Februarwoche fanden in Nordrhein-Westfalen Warnstreiks und Aktionen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst statt. In Köln waren Beschäftigte der Justiz, der Universitäten, von Landesdienststellen, Feuerwehren und der Uniklinik beteiligt. Die Kölner Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer sandte eine Solidaritätserklärung an die Streikenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Kölner Bundestagsabgeordnete der Linken möchte ich Euch zu Euren Warnstreiks und Aktionen morgen in Köln meine uneingeschränkte Solidarität übermitteln.

Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierungen ihre Blockadehaltung in der laufenden Tarifrunde aufgeben. Sie müssen endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen; auch der selbst ernannte Arbeiterführer Rüttgers darf sich Eurer Forderung nach einer gerechten Einkommenserhöhung nicht länger verweigern.

Während Milliarden und Abermilliarden für die Rettung der Banken mobilisiert werden, sollen die von den Steuergeschenken an Konzerne und Superreiche gerissenen Löcher in den öffentlichen Kassen ausgerechnet auf Kosten Eurer Einkommen gestopft werden.

Das ist nicht nur schreiend ungerecht, es ist eine Fortsetzung der Politik, die mit stetigem Druck auf die Einkommen der Beschäftigten die Binnennachfrage abgewürgt und die Krise mit heraufbeschworen hat.

Deshalb ist gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise eure Forderung von 8 % mehr Einkommen nicht nur gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig, denn die Steigerung der Binnennachfrage ist das beste Konjunkturprogramm.

Feuerwehrleute, Polizisten, Beschäftigte der Universitätskliniken und Universitäten und erst recht ihr als gegenüber den verbeamteten Kollegen ohnehin schlechter gestellte Lehrer im Angestelltenverhältnis leisten eine wichtige Arbeit für unser Land. Auch weil die Entwicklung Eurer Einkommen nicht von den Einkommen der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen abgekoppelt werden darf, müssen sich die Landesregierungen endlich bewegen.

Aus den Bezirken:

■ Mülheim

Mülheim-Programm erneut blockiert

Der Stadtbezirk Mülheim gehört zu jenen Bezirken, in denen sich die wirtschaftlichen Umbrüche und sozialen Problemlagen (hohe Arbeitslosigkeit u.ä.) weiter verschärft haben. So liegt die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit 50 % über den städtischen Durchschnitt (betroffen sind vor allem Frauen und MigrantInnen). Schwerpunkte im Bezirk sind vor allem die Stadtteile Mülheim-Nord, Buchforst und Buchheim. Die Arbeitslosenquote liegt hier bei über 22 %; der Anteil der Sozialhilfebearbeitungsgemeinschaften liegt bei ca. 21 % und bei den Migrantenjugendlichen und -kindern unter 15 Jahren leben mehr als 36 % in einer Bedarfsgemeinschaft.

Im sozialen Kontext spricht man sogar von einer zunehmenden „sozialen Verinselung“ des Stadtteils (vor allem im Raum Frankfurter Str., Berliner Str. und Böcking Gelände). Die Bürgerdienste und sozialen Netzwerke im Stadtbezirk sind sehr aktiv und versuchen seit Jahren etwas zu bewegen. In vielen Fragen wurden Perspektiven und Handlungsstrategien entwickelt. Die Sozialraumarbeit in Mülheim (Mülheim-Nord und Buchheim-Buchforst) hat diese Strategien aufgegriffen und in die Praxis umgesetzt. Hierzu gehört neben einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und Integrationspolitik auch die Belebung des Stadtbildes. Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung des Alten Güterbahnhofs im Schanzenviertel bei der Entwicklung eines Mischviertels (Wohnen, soziales Leben und Arbeit).

■ Kalk

Anfrage mit Wirkung

Bereits zur BV-Sitzung am 6.11. des Vorjahres hatte Özgür Demirel für DIE LINKE. Köln eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, deren schriftliche Beantwortung zur Sitzung am 22.1.09 vorlag. Es ging dabei um die „Verwahrlosung öffentlicher Wege und Plätze, hier am Beispiel Neubrücks“. DIE LINKE. Köln scheint damit einen wunden Punkt getroffen zu haben, denn auf die Anfrage, warum Gehwege und Parkplätze seit Jahren von so genanntem „Spontanbewuchs“ überwuchert würden, musste die Verwaltung eingestehen, dass die zuständi-

Das vom Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“/Programmgebiet Mülheim (ehemals „Stadtteile mit Erneuerungsbedarf“) entwickelte Konzept hat wichtige Signale gesetzt und die Forderungen der Bürgerdienste aufgegriffen.

Geplant war im Rahmen eines von der Beratungsfirma agiplan entworfenen Handlungskonzepts für Mülheim (39,86 Mio. Euro aus landes- und kommunalen Mitteln) aktiv zu werden und innovative Projekte zu unterstützen. Folgende Schwerpunkte wurden dabei gesetzt: Stärkung des Wirtschaftsstandorts, Stärkung der Erwerbsfähigkeit (Arbeitsmarktintegration), Förderung der (Aus-)Bildungsbeteiligung sowie der Stadtteile.

Obwohl das Handlungskonzept Mülheim seit Oktober in der Bezirksvertretung behandelt wird und in der Vorphase ein interfraktionelles Gespräch zu diesem Thema stattgefunden hat, haben SPD und CDU in der BV Mülheim das Projekt blockiert. Damit stellen sie sich gegen viele soziale Einrichtungen, MultiplikatorInnen, städtische Beauftragte usw., die dieses Anliegen unterstützen.

Auf der letzten BV-Sitzung im Februar haben CDU und SPD zum erneuten Male erklärt, dass sie dem Konzept in dieser Form nicht zustimmen können. „Es besteht noch Beratungsbedarf“ – so der Tenor. Gefordert wurde eine Sondersitzung. Verwunderlich war, dass das Konzept schon seit Oktober vorliegt, in der BV-Sitzung im November blockiert wurde und der Beratungsbedarf erst jetzt angemeldet wird.

Die Fraktion Grüne-Linke hat sich als einzige von Anfang an hinter dieses Handlungskonzept gestellt. Das Integrierte Handlungskonzept Mülheim bedeutet für den Stadtbezirk einen qualitativen Wandel und macht zweifelsohne die sozialen Einrichtungen im Rahmen von innovativen Projekten und Ideen handlungsfähig.

Kemal Bozay

gen Abfallwirtschaftsbetriebe Köln ihrer Verpflichtung zur Reinigung „jedoch augenscheinlich nicht nachgekommen“ seien. Zwar wurde die Kenntnisnahme der Verwaltungsantwort auf die nächste Sitzung am 19. März vertagt, aber zwischenzeitlich rückten die AWB in Mannschaftsstärke an und beseitigten die größten Übel in der Robert-Schuman-Straße. Der durch die Verwaltung versprochenen, zukünftigen regelmäßigen Reinigung sowie der angekündigten Sanierung des Gehwegs durch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik sieht DIE LINKE. Köln mit wachem Auge entgegen.

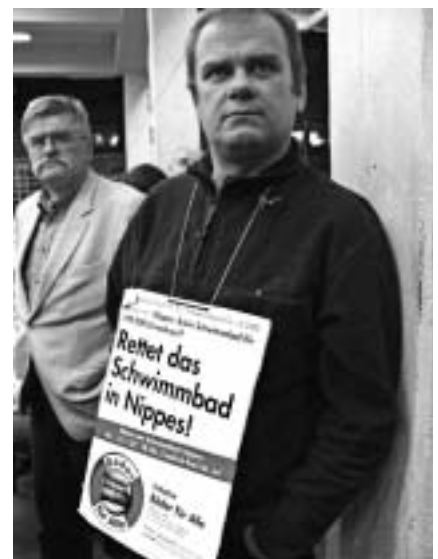
HP Fischer

■ Nippes

DIE LINKE fordert mehr Rechte für die geplanten Bäderbeiräte

Derzeit wird in den verschiedenen Gremien der Stadt Köln die Geschäftsordnung der Bäderbeiräte diskutiert und beschlossen.

Im Zuge der drohenden Schließung der Hallenbäder in Rodenkirchen, Nippes und Weiden sind in den genannten Stadtteilen Initiativen zum Erhalt der Bäder entstanden. Durch den Druck der Initiativen (Demos und Infostände wurden durchgeführt, Unterschriften wurden gesammelt) konnte die Schließung zunächst abgewendet werden. Eine endgültige Rettung der Bäder ist jedoch nicht in Sicht. Der aktuelle Ratsbe-



schluss schreibt lediglich einen Bestand bis 2011 fest.

Um die Instandhaltung der Bäder gibt es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen der Bäder GmbH und den Initiativen. Dies ist insbesondere in Nippes der Fall. Von den angekündigten Instandsetzungen ist so gut wie nichts zu merken. Hier soll der Beirat Abhilfe schaffen, als ein Organ, welches den Nutzern ein Forum bietet, die Anliegen an die Betreiber weiter zu tragen. Nach Auffassung der DER LINKEN sollte man diese Beiräte nutzen. Es ist aber zu befürchten, dass es sehr schwer werden wird, mittels Beirat auf die Entscheidung der Bäder GmbH Einfluss zu nehmen. DIE LINKE. sollte, wie zuletzt in Nippes, darauf drängen, dass den Beiräten mehr Rechte und auch Entscheidungsbefugnisse zugestanden werden.

Ungeachtet der aktuellen Diskussion um die Geschäftsordnung der Beiräte wird in Nippes der Kampf um den Erhalt der Bäder, auch über 2001 hinaus, weitergehen. Aktuell plant die Initiative eine Diskussionsveranstaltung mit den RatskandidatInnen während der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes.

Michael Weisenstein

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

Am 18.9.2007 hatte der Rat der Stadt Köln mit der Stimme des Oberbürgermeisters, aber gegen die Stimmen der CDU und der angeblichen Bürgerbewegung Pro Köln unter TOP 4.4.1 (Unterstützung der Forderung des Integrationsrates für ein aktives und passives Kommunalwahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten) eine entsprechende Resolution beschlossen. Auf Antrag des Bezirksvertreters der Linken, Özgür Demirel, lag diese Resolution am 22.1.2009 auch der Bezirksvertretung Kalk vor. Die Bezirksvertreter der anderen Parteien verwiesen zwar „zustimmend“ auf den obigen Ratsbeschluss, erklärten den Antrag aber gegen die Stimme Demirels für erledigt. DIE LINKE. Köln betrachtet die Forderung keineswegs als erledigt und wird auf Landesebene weiterhin für eine entsprechende Änderung des Kommunalwahlgesetzes kämpfen. *HP Fischer*

■ Innenstadt

Wiedereinstellung des Herrn Schweitzer

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in die Bezirksvertretungssitzung Innenstadt/Deutz am 29.1.2009 einen Dringlichkeitsantrag über die Wiedereinstellung des Herrn Schweitzer als Sozialpädagoge auf dem Bauspielplatz im Friedenspark eingebracht. In dem Antrag wird der Aufsichtsrat der Jugendzentren GmbH gebeten, darauf hinzuwirken, dass das ausstehende Gerichtsverfahren durch Rücknahme der Kündigung beendet wird und dass Herr Schweitzer auf Grund des letzten Gerichtsbeschlusses wieder eingestellt wird. In der Diskussion haben die Fraktionen CDU und FDP/KBB dies als Einmischung in das laufende rechtliche Verfahren bezeichnet. Darauf hin hat die SPD-Fraktion einen Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag zu dem Antrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt.

Die SPD-Fraktion forderte in ihrem Antrag den Aufsichtsrat der Jugendzentren GmbH auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit der Streit zwischen Herrn Schweitzer und dem Arbeitgeber beendet wird. Nach der Debatte wurden die beiden Anträge nacheinander zur Abstimmung gestellt. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde mit den Stimmen der SPD-, CDU- und FDP/KBB-Fraktionen abgelehnt. Die Bezirksvertretung hat dem Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und der Linken zugestimmt.

Bahri Gülsen

Geschäftsführer der Sozialbetriebe will Tarifbestimmungen einreißen

Bereits im Jahr 2008 waren die Sozialbetriebe-Köln (SBK) in die Schlagzeilen geraten, als sie ihre Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband kündigten, um die tarifliche Lohnerhöhung nicht zu zahlen. Jetzt überspannt SBK-Geschäftsführer Otto B. Ludorff den Bogen. Er fordert die Beschäftigten auf, einer Arbeitszeit- und damit auch Lohnkürzung zuzustimmen. Damit niemand ablehnt, lässt er die Mitarbeiter wissen, dass es im Ablehnungsfall zu Stellenstreichungen käme. Ver.di ruft dazu auf, nicht zu unterschreiben.

Geschäftsführer Ludorff droht mit Stellenabbau, wenn es nicht zum Lohnverzicht kommt. Das ist Erpressung. In einer Presseerklärung forderte die Fraktion die Ratsmitglieder von CDU, SPD, Grüne und FDP im Aufsichtsrat auf, Herrn Ludorff in die Schranken zu weisen. Gerade in Krisenzeiten müssen städtische Betriebe Tarifverträge einhalten und eine Vorbildfunktion übernehmen.

Die neuesten Zahlen zeigen, dass die Zahl der Geringverdiener weiter ansteigt.

Setzt sich Ludorff durch, würde sich dieser Trend verstärken. Dabei weiß jedes Kind, dass gerade Reallohnzuwächse das beste Konjunkturpaket sind.

Erst vor zweieinhalb Jahren, am 22.6.2006 wurden die SBK von einem Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt. Als Eigenbetrieb wäre den SBK dieser Druck auf die Beschäftigten nicht möglich gewesen. In Überleitungsverträgen war zugesichert worden: „Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass dem übergeleiteten Personenkreis keine Rechtsnachteile entstehen sollen.“

Die Beschäftigten haben der Umwandlung seinerzeit nur zugestimmt, weil ihnen versprochen wurde, dass sie nicht schlechter gestellt werden als vorher. Schon nach zwei Jahren wurde dieses Versprechen gebrochen.

Jetzt legt die Geschäftsleitung noch einen Gang zu. DIE LINKE. hatte der Umwandlung nicht zugestimmt und fordert die Belegschaft auf aktiv zu werden.

Jörg Detjen

Ein Flüchtlingsheim – zum Flüchten...

Eine Migrantin spricht im Büro vor. Seit dreieinhalb Jahren wohnt sie in einem Flüchtlingsheim in der Südstadt. Zusammen mit ihrer Tochter, in einem kleinen, lang gestreckten Zimmer von 12 qm. Sie hält es nicht mehr aus und sucht eine Wohnung, bisher aber vergeblich.

Im „Heim“ wohnen z.Zt. auf 5 Etagen 86 Personen, darunter 31 Kinder. Die Türe steht fast immer auf. Nachts, so berichtet die Frau, ist der Teufel los. Die Eltern haben Angst, ihre Kinder alleine durchs Haus zur Schule zu schicken. Beim Besuch der Familie sehen wir Löcher im Boden, eine kaputte Dusche und Schimmel an Wänden und Decken.

Wir beantragen bei der Stadt eine offizielle Führung. Das geht unkompliziert, der zuständige Beamte zeigt durchaus Interesse an unserem Anliegen. Beteiligt sind außer einem Mitglied der Verwaltung auch der Flüchtlingsrat, die Hausmeisterinnen, Mitglieder der Partei DIE LINKE. Köln und ein Mitglied der linken Fraktion.

Der Hausbesitzer wohnt in Stuttgart. Weil er seine „Hausaufgaben“ nicht gemacht hat, wird nun auf seine Kosten saniert. Außerdem ist die Adlerwache verstärkt worden.

Unser Interesse hat anscheinend bereits Veränderungen angestoßen. Einige Duschen sind renoviert. Im Haus gibt es für die Bewohner Deutsch- und andere Kurse,

auch Hausaufgabenbetreuung. Auf einigen Etagen organisieren die BewohnerInnen bereits ihr Zusammenleben eigenständig und übernehmen Verantwortung füreinander. Und die Verwaltung ist bemüht, die Bewohner in Privatwohnungen zu vermitteln.

Aber da beginnt das Spießrutenlaufen: „Wohnfähigkeit“ muss bescheinigt und auch anerkannt werden. Leider sind sich Wohnungsamt, Sozialamt und Ausländerbehörde nicht immer einig, und die Kriterien sind recht nebulös. Dazu kommt, dass es kaum Wohnungen unter der Mietobergrenze gibt. Und: Die BewohnerInnen benötigen Hilfe bei der Vorbereitung des Auszugs und beim Ausfüllen von Formularen. Die Stadt Köln sollte hierfür Personal bereitstellen, wie das z.B. Leverkusen bereits macht.

Die Mitarbeiter vom Wohnungsversorgungsamt sind willig, nur noch 40 % der Flüchtlinge leben in einem Wohnheim. Aber das für die weitere Arbeit dringend notwendige Integrationskonzept kommt einfach nicht voran. OB Schramma verweigerte Ende des vergangenen Jahres die Vorlage des Papiers im Rat

Dennoch: Die Verwaltung hat Bereitschaft gezeigt, die schlimmen Zustände zu ändern und sich aktiv an der Wohnungssuche zu beteiligen. Wir bleiben am Ball.

Michael Kellner

Kein 6-spuriger Ausbau – Kein Kahlschlag auf der Rheinuferstraße!



Auf sechs statt jetzt noch vier Spuren soll bald zwischen Ubierring und Schönhauser Straße der Verkehr am Rheinufer rollen. Dafür sollen 180 Bäume fallen. Was bliebe, wäre eine laute, stinkende und kahle Verkehrswüste. Diese „Lösung“ soll verhindern, dass es nach Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn zum Verkehrschaos kommt, wenn die Linie 16 alle paar Minuten hinter der Südbrücke die Rheinuferstraße überquert.

Nicht wirklich demokratisch

Beschlossen hat das der Stadtrat am 25. September 2008 in einer kaum noch als demokratisch zu bezeichnenden Abstimmung: Mit ihren 28 Stimmen und der des Oberbürgermeisters setzte sich die SPD-Fraktion gegen 19 Stimmen der Grünen und der LINKEN bei 41 Enthaltungen der übrigen Fraktionen durch.

Bekanntermaßen waren aber auch die CDU- und die FDP-Fraktion gegen den Ausbau der Rheinuferstraße. Aus rein taktischen Gründen enthielten sie sich. Mit deren Stimmen stand es also nach dem realen politischen Willen der Fraktionen mindestens 48 zu 29 gegen das SPD-Votum. Zudem hatten sich auch die Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen zuvor schon einhellig gegen eine Verbreiterung der Rheinuferstraße ausgesprochen. Demokratische Ratsbeschlüsse sehen anders aus!

Alte Planungsfehler

Dem Dilemma liegt die stümperhafte Planung des Projekts Nord-Süd-Stadtbahn zu Grunde. Sie erwies sich nicht nur in gewaltigen Kostensteigerungen, mit denen inzwischen der Gesamtbetrag von einer Milliarde Euro überschritten wurde. Auch die Problematik der Überquerung der Rheinuferstraße wurde in der Planungsphase in ihrer Tragweite schlichtweg verkannt.

Mit umfangreichen Neubauprojekten in Weiss und Sürth sowie der eventuellen Ansiedlung der Technikbereiche der Fachhochschule Köln im Bereich der Südbrücke wird aber unweigerlich eine Verkürzung der Taktzeiten der Linie 16 notwendig. Der Verkehr auf der Rheinuferstraße am Stadtbahnübergang wird dann aufgrund der angeblich vorgeschriebenen BÜSTRA-Vorrangschaltung häufiger und

Die Allee an der Rheinuferstraße ist ein Gewinn für Anwohner und Freizeitradler. Sie soll einem sechsspurigen Ausbau der Straße geopfert werden.

Fotonachweis: kein-kahlschlag.de

erheblich länger als bislang am Ubierring von Rotschaltungen betroffen sein. Ständige Staus und maximierte Emissionen sind die Folgen!

Wirkung mehr als fraglich – Folgen aber drastisch

Wenn nun aber Verwaltung und SPD behaupten, dass der Ausbau der Rheinuferstraße diese Verkehrsbeeinträchtigung verhindern könne, dann ist das mehr als fraglich. Kommt der Verkehr immer wieder zum Stehen, dann mag zwar die Anzahl der durchfließenden Fahrzeuge auf sechs statt vier Spuren höher sein. Die hemmende Wirkung der Rotphasen aber bliebe mit ihren dann sogar noch verstärkten Abgas- und Lärmemissionen bestehen. Zudem verengt sich im weiteren Verlauf die Rheinuferstraße auf schließlich nur noch eine Spur. Eine sechs- statt vierspurige Verkehrsführung hätte somit einen zusätzlich verstärkten Rückstauereffekt. Hinzu kämen natürlich die Folgen der ersatzlosen Baumfällungen. 180 meist schon ältere Bäume haben eine wesentliche Funktion für die Luftbeschaffenheit im Viertel. Hier ist also mit einer erheblichen Verschlechterung des ohnehin schon über die Grenzwerte hinaus belasteten Stadtklimas zu rechnen.

Auch der Anblick der dann kahlen Rheinuferstraßenseiten dürfte an Trostlosigkeit nicht zu überbieten sein. Und der ohnehin schon gefährliche Fußgängerüberweg am Oberländer Wall droht zum noch weiter verschärften Unfallschwerpunkt zu werden. Schon jetzt wird die dortige Fußgängerampel angesichts erheblicher Wartephasen weitgehend ignoriert. Die damit verbundenen Gefahren würden aber mit der Erhöhung der Spurenzahl noch deutlich zunehmen.

Fazit: Der beschlossene Ausbau der Rheinuferstraße würde kein Problem lösen, dafür aber viele neue schaffen!

...✚ Unverzüglich muss jetzt der **Oberbürgermeister** alle Vorbereitungen zum Vollzug des Ratsbeschlusses zum sechsspurigen Ausbau der Rheinuferstraße stoppen.

...✚ Die **Ratsfraktionen** müssen auf der Grundlage eines neuen Antrags die Aufhebung des unsäglichen Beschlusses von September 2008 und die Erarbeitung einer fachlich und verkehrspolitisch vertretbaren Alternativlösung beschließen.

...✚ Die **Bezirksvertretungen** Innenstadt und Rodenkirchen sollten den Ratsbeschluss von September 2008 anfechten und ihrerseits Druck zur Erarbeitung einer qualifizierten Lösung entwickeln.

Oswald Pannes

Teuer und ökologisch bedenklich

Die Kreuzung der neuen Nord-Süd-Bahn mit der Rheinuferstraße war erneut Thema in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 3.2.09. Zur Erinnerung: Nach Fertigstellung der neuen Bahnlinie wird die Stadtbahn wenige Meter südlich der Südbrücke das Rheinufer queren.

Es tobt eine Diskussion um das Thema. Die Autolobbyisten fordern, ebenso wie Teile der AnwohnerInnen, eine Tieferlegung der Rheinuferstraße, damit der Autoverkehr unter der Stadtbahn fahren kann.

Das wäre ein monströses und teures Projekt, das nach Schätzungen 60 bis 80 Millionen Euro kosten würde. Das Geld müsste die Stadt alleine aufbringen. Fördermittel zur Beschleunigung des Autoverkehrs wird weder der Bund noch das Land zur Verfügung stellen.

Es geht jedoch nicht nur ums Geld, es geht auch um die Bäume. Teilweise glauben die Anwohnerinnen und Anwohner aber auch verschiedene KommunalpolitikerInnen, dass die Tunnellösung Grünflächen und Bäume schonen könnte. Mit dieser Mär räumte die Verwaltung in der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses auf: Der Bau eines Tunnels erfordere mehr Fläche, als der sechsstreifige Ausbau der Rheinuferstraße (zur Entlastung des Kreuzungsbereichs). Bei der Tunnellösung ist eine Aufforstung von Bäumen nicht möglich. Ein Grund mehr für DIE LINKE bei der Ablehnung des Tunnels zu bleiben.

Aber auch der Ausbau der Rheinuferstraße ist aus Sicht der Linksfraktion abzulehnen. Selbst wenn sich der Autoverkehr auf der Rheinuferstraße in den Stoßzeiten staut, rechtfertigt dies keine weiteren Flächenversiegelungen zu Gunsten des Autos. Das Ziel einer linken, modernen Verkehrspolitik kann es nicht sein, einen reibungslosen Autoverkehr an jedem Ort und zu jeder Tageszeit zu gewährleisten.

DIE LINKE wird sich nicht nur bei diesem Projekt für eine ökologische Verkehrspolitik, für mehr Raum für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und den Vorrang des ÖPNV vor dem motorisierten Individualverkehr einsetzen.

Michael Weisenstein,
Mitglied im Verkehrsausschuss

Aus den Ausschüssen:

■ Soziales und Senioren

Maklerscheine – „nicht in unserm Preissegment“

Vor ca. 2 Monaten bat eine Migrantin im Büro der Linkspartei um Rat und Unterstützung. Sie hatte von der Verwaltung die Zustimmung für einen geplanten Umzug erhalten. Zur Unterstützung hatte man ihr einen „Maklerschein“ ausgehändigt. Sie war nun auf Wohnungssuche, aber mit ihrem Maklerschein konnte sie einfach nirgendwo landen. Mehrere Wochen telefonierten Mitglieder der Linken mit zahlreichen Maklern und Maklerinnen. Vergeblich. Kaum einer von ihnen war bereit, diesen Schein anzuerkennen. Ihre Antworten kann man zusammenfassen mit den Worten: „Wohnungen, die dieser Schein erfordert, liegen nicht in unserm Preissegment.“

Ratsmitglied und Mitglied des Sozialausschusses, Michael Kellner, stellte daraufhin zu dieser Thematik eine Anfrage im Sozialausschuss. In ihrer Antwort nennt die Verwaltung für das Jahr 2007 die Zahl von 632 ausgestellten Maklerscheinen. „In 115 Fällen führte dies zur Wohnraumbeschaffung und Abschluss eines Mietvertrages durch einen Makler.“ 2008 wurden 487 Maklerscheine ausgestellt. 117 Wohnungen konnten darüber vermittelt werden. Ob bei diesen Vermittlungen auch Wohnberechtigungsscheine eine Rolle spielten, konnte nicht ermittelt werden.

In ihrer Einschätzung kommt die Verwaltung zu einem anderen Schluss als die Mitglieder der LINKEN: „In den letzten Jahren erfolgten Courtagenübernahmen (Maklergebühren, d. A.) bei insgesamt 318 verschiedenen Maklerbüros. Es ist daher davon auszugehen, dass die Maklerscheine grundsätzlich akzeptiert werden.“ Eine Liste von Maklern und Maklerinnen, die die Scheine anerkennen, darf allerdings aus Wettbewerbsgründen nicht erstellt werden.

Auf eine mündliche Nachfrage von Michael Kellner hin gestand die Verwaltung allerdings unumwunden ein, dass es sehr wohl ein Problem gibt, das auch vorerst nicht auszuräumen ist:

In Köln sind preiswerte Wohnungen Mangelware. Solange dieser Mangel herrscht, werden weder Wohnberechtigungsscheine noch Maklerscheine deutlichere Wirkungen zeigen.

Michael Kellner

■ Kunst und Kultur

Gay Games Cologne 2010

Kulturen und Künste sind bei den Welt-Sportspielen lesbisch-schwuler Leibes- und Körperkunst, die vom 31. Juli bis 7. August

2010 in Köln stattfinden werden und zu denen sich allein rund 12.000 Athletinnen und Athleten aus über 70 Nationen als ständige aktive Teilnehmer eingeschrieben haben. Trosse und Zuschauer werden fast zwei Wochen lang weitere Zehntausende in der Stadt verweilen lassen.

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten hat auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. Köln in seiner Sitzung am 27.1.09 einstimmig beschlossen, aus diesem Anlass und im zeitlichen Zusammenhang damit ein spezifisches Kulturprogramm aller Sparten für ein internationales Publikum anzubieten. Die Stadt Köln wird hierfür mit ihren Kulturpartnern zusammenarbeiten. Inhaltliche Programmschwerpunkte werden dabei der „Interkulturelle Dialog der Künste und die künstlerische Auseinandersetzung mit sexueller Identität“ sein.

Die Musikhochschule Köln hat bereits meinen „Signalton“ aufgegriffen, die Ereignisse in der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village am 28.6.1969 in ein Musikstück mit weltweiter Hörbarkeit als globale „Erkennungsmelodie“ umzusetzen, kompositorisch so zu hören als World-CSD-Melody.

Kölsche Lesbe un Schwule fragen sich jetzt: Wat wör de Kuns ohne uns? Rääch han sei! *Wolfgang Breuer*

■ Jugendhilfeausschuss

Ausbau der Kinderbetreuung

Ab 2013 haben Eltern ein gesetzlich verankertes Recht darauf, Kinder ab 1 Jahr betreiben zu lassen. Für Köln wird der Bedarf für 1-3-Jährige auf 40 % geschätzt. Erreicht ist eine Quote von 21 %. Jetzt müssen schnell weitere Plätze, in vier Jahren 4.500 geschaffen werden.

2013 soll das Angebot dann der Nachfrage entsprechen. Dabei soll mindestens für ein Drittel der Kinder unter 3 ein Platz vorhanden sein. Viele Betreuungsplätze sollten in benachteiligten Stadtteilen entstehen, da diese zumeist eine höhere Geburtenrate aufweisen. Da Eltern in diesen Vierteln jedoch seltener einen Bedarf nach Kinderbetreuung anmelden, steht zu befürchten, dass hier nur wenige Plätze geschaffen werden. Deshalb ist zu wünschen, dass die Stadt in diesen Vierteln für Kinderbetreuung wirbt. Gesteigert wird das Problem noch durch den Anspruch auf Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder selbst betreiben, der für 2013 im nordrhein-westfälischen Kinderförderungsgesetz angelegt ist. Hier kann das von der LINKEN unterstützte Projekt „Stadtteilmütter“ eine sinnvolle Werbung sein, während DIE LINKE den

„Willkommensbesuchen“ für Neugeborene keine große Wirkung zuträut.

Andrea Kostolnik

■ Jugendhilfeausschuss

Tropfen auf den heißen Stein

Immer wieder hatte DIE LINKE zusammen mit Elternverbänden und Beschäftigten die Finanzierung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGTS) kritisiert. Nun erhöht Köln die Förderung um 155 Euro pro Kind im Jahr und um 310 Euro für Förderschulkinder. 30 Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen wurden bisher mit 2.560 Euro pro Gruppe und Jahr zusätzlich gefördert, jetzt 50. Doch viel bewirkt das nicht. Jede Gruppe könnte zusätzlich einen Minijob für 150 Euro im Monat schaffen. Selbst bei nur zehn Euro Stundenlohn bedeutet das einen Nachmittag pro Woche Verstärkung für die stark überlasteten Beschäftigten.

Zukünftig hat eine Gruppe mit 25 Kindern 3.875 Euro im Jahr für Personal zur Verfügung, eine Förderschulgruppe mit 12 Kindern noch 3.720 Euro. Davon wird eine vorgeschriebene Fachkraft bezahlt. Von ihrer Halbtagsstelle kann sie allerdings nicht leben. Für die zweite Stelle reicht das Geld in der Regel nur zu einer unqualifizierten, dementsprechend schlechter bezahlten Kraft. Minijobs und Honorarverträge sind die Regel.

Nach der Erhöhung bleiben maximal 323 Euro pro Monat zusätzlich in einer Gruppe hängen. Würde ein Träger nach einem dem öffentlichen Dienst angelehnten Tarif zahlen, wie es für Bildung in einigen Bereichen (noch) der Fall ist, würde diese Finanzspritze schon allein durch die Tarifsteigerung aufgeessen werden.

An dieser für Beschäftigte und Kinder katastrophalen Situation ist das Land schuld. Es schmückt sich zwar mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung, will aber kaum etwas dafür zahlen. Köln zahlt zu dem per Landesgesetz vorgeschriebenen Beitrag freiwillig zusätzlich 13.329.450 Euro mehr, insgesamt fast dreimal so viel wie die Stadt eigentlich müsste.

Letztendlich wird sich diese Misere nur durch eine andere Bildungspolitik einer hoffentlich 2010 neu gewählten Landesregierung beheben lassen.

Andrea Kostolnik

Ausschuss neu besetzt

HP Fischer vom Ortverband Schäl Sick wird in Zukunft für DIE LINKE als sachkundiger Einwohner im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün mitarbeiten.



Eine Schule für alle – bald auch in deutschen Landen?

Im Ausschuss für Soziales und Senioren am 22.1.09 gab es eine erfreuliche Mitteilung durch die Verwaltung: Das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ der Vereinten Nationen ist ab dem 1.1.2009 auch für Deutschland verbindlich.

Das Abkommen hat schon zwei Jahre hinter sich. Im Dezember 2006 wurde es

Grund für die Erstellung dieses Übereinkommens sind die Ergebnisse einer Studie. Sie war von den Vereinten Nationen in Auftrag gegeben worden und zu dem Ergebnis gekommen, „dass die bisherigen Menschenrechtsverträge Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend schützen und ihre besondere Menschenrechtssituation nur ungenügend berücksichtigen“.

Mit diesem Abkommen werden nun „erstmalig die Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen in einem völkerrechtlichen Vertrag konkretisiert“.

Von besonderer Bedeutung ist für Deutschland dabei das Thema Bildung (Artikel 24). Denn in diesem Artikel wird „ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen“ (engl.: inclusive education)

gefordert. So heißt es z.B. in

Abs. (2): „Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderungen vom allge-

meinen Bildungssystem ausgeschlossen werden...“

b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben.“

In e) wird schließlich das „Ziel der vollständigen Integration“ genannt.

Geht man davon aus, dass „inclusive education“ wesentlich mehr umfasst als nur die „Integration“ von Menschen mit Behinderungen, dann wird in diesem Übereinkommen ein anderes, ein neues Bildungssystem gefordert, das immer häufiger mit „eine Schule für alle“ umschrieben wird: Begrenzung der Förderschulen auf ein Minimum und „Gemeinsamer Unterricht“ in einem umfassenden Sinn, für alle Schüler, mindestens bis zur 10. Klasse. Die meisten europäischen Länder nennen dieses Schulsystem schon längst ihr Eigen, Deutschland hinkt mächtig hinterher. Alle Parteien, besonders die regierenden in Bund und Ländern, müssen sich vor den Landtags- und Bundestagswahlen fragen lassen, in wie weit sie bereit sind, dieses auch für die Bundesrepublik geltende Übereinkommen nun umzusetzen.

Michael Kellner

(Zur weitem Info: Eine Schule für Alle. Materialien. Hrg.: mittendrin e.V., Köln 2008)



von den Vereinten Nationen beschlossen und trat nach der Ratifizierung durch 20 Staaten am 3. Mai 2008 in Kraft. Auch der deutsche Bundestag und der Bundesrat haben inzwischen der Ratifizierung zugestimmt.

■ Kunst und Kultur

Freitag am Donnerstag

Ab April 2009 werden am ersten Monatsdonnerstag alle acht Museen eintrittsfrei für Kölner werden. Gut so.

Aber an diesem Werktag werden die Schauräume weitgehend leer bleiben, sind doch nur knapp ein Drittel der Besucher aus Köln. Der Rest wird vorerst draußen bleiben müssen, obwohl fast zwei Drittel der Bevölkerung aus der Region Bonn/Aachen-Düsseldorf/Aachen die Kölner Kultureinrichtungen und -Veranstaltungen aufsuchen, bezahlen und Mitnahmegewinne in Köln bewirken. Die Schlüsselzuweisungen des Landes und die LVR-Umlagen stellen sicher, dass Köln als Oberzentrum von Kunst und Kultur die kulturelle und künstlerische Vielfalt seines Umlandes nicht nur aufsaugt, sondern auch im Dialog wieder ausströmt. Darum muss der eintrittsfreie Tag ohne Personenkontrolle möglich sein, was sich ohnehin generell für einen freien Kulturmenschen so gehört.

Darum meine ich:

„Alle kunst- und kulturinteressierten Mitmenschen, egal woher sie donnerstags

kommen, sollten am Freitag am Donnerstag freien Eintritt in die Museen der Stadt Köln haben. Und zwar ohne Pass, ohne Ausweis. Allein ihr Menschsein sollte genügen.“

Die Vorlage der Verwaltung zum Rat am 10.2.09 ist ein wichtiger Auftaktimpuls in die richtige Richtung, den die Fraktion DIE LINKE. Köln mit trägt, auch wenn er im ersten Schritt nur Einheimische privilegiert. Draußen vor der Tür bleiben vorerst unsere Nachbarn aus dem Umland. Hoffentlich nicht allzu lange.

Wolfgang Breuer

■ Umwelt, Gesundheit und Grün

Friedhöfe auch in die Bezirksvertretung

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hatte am 29.0. die Friedhöfe auf der Tagesordnung. Diesmal sollte die Gestaltungsplanung des 12.000 Quadratmeter großen Kooperationsgrabfelds auf dem Friedhof Melaten zur Kenntnis genommen und in die BV Lindenthal mit Rücklauf ver-

wiesen werden. DIE LINKE. Köln setzte sich mit Nachdruck dafür ein, dass diese auch an den AVR und die BV Ehrenfeld verwiesen werde. Nach einer teils sehr heftigen Diskussion, die dann auch wieder inhaltlich die Teilprivatisierung des Melatenfriedhofs aufgriff, beschloss der Ausschuss schließlich, dass der AVR und die BV Ehrenfeld die Vorlage wenigstens als Mitteilung erhalten sollen. Freude werden sie nicht damit haben, denn auch die Grünen bemängelten Form und Inhalt der Planungsvorlage und forderten die Verwaltung und den Bewerber zur Nachbesserung auf. DIE LINKE. Köln bleibt bei ihrer Auffassung, dass die Ehrenfelder nicht nur informiert, sondern auch in die Entscheidung einbezogen werden müssen. Außerdem teilt DIE LINKE. Köln die Befürchtungen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, der die Errichtung der Kooperationsfelder auf dem denkmalgeschützten Melatenfriedhof in dieser Form ablehnt. Während der AVR schob, zeigte sich die BV in Lindenthal unschlüssig und will erst auf einer Sondersitzung am 12.2. abschließend beraten.

HP Fischer

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen



Schon vorher gab es genug Argumente gegen den Ausbau des Godorfer Hafens. Nun hat die HGK (Häfen- und Güterverkehr Köln) unfreiwillig weitere geliefert. Die Zerstörung der Sürther Aue wird trotzdem fortgesetzt.

Aus dem für die HGK erstellten Gutachten „Zukunft der Kölner Häfen“ der Firma Planco geht hervor, dass im Niehler Häfen zusätzliche Stellflächen vorhanden sind, die ausreichen würden, um den von der HGK prognostizierten wachsenden Containerverkehr zu bewältigen. Dieses Gutachten steht damit im Gegensatz zur Begründung des Planfeststellungsverfahrens, welches die Grundlage für die begonnenen Arbeiten zur Hafen-Erweiterung bietet.

Es wäre eigentlich selbstverständlich, dass die HGK die Arbeiten sofort einstellt; auch ohne die Proteste der AnwohnerInnen, auch ohne große politische Debatte. Das ganze Vorhaben muss zurück auf 0, die Hafenplanung muss neu diskutiert werden. Jetzt mit der Zerstörung der Sürther Aue fortzufahren wäre die pure Arroganz der Macht, geradezu symbolisch für die

Termine...

Mo, 16. 02.2009 19:30 Uhr
AK Soziales/Hartz IV
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Di, 17.02.2009 16:30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Do, 05.03.2009 17:30 Uhr
AK Jugend und Schule
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Mo, 23.03.2009 19:30 Uhr
AK Soziales/Hartz IV
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Nein zur Zerstörung der Sürther Aue Rodungsarbeiten sofort stoppen!

Missachtung der demokratischen Rechte der Bevölkerung. Wenn die Ratsmitglieder von SPD und CDU gegen einen Baustopp stimmten, wäre das der Beweis, dass sie sich selbst nicht ernst nehmen. Ihnen wäre es demnach egal, ob sie als Ratsmitglieder lückenhafte oder falsche Informationen bekommen, wenn sie über die Verwendung von 60 Millionen öffentlichen Geldern entscheiden sollen.

Wer in Sürth wohnt, hat wahrhaftig genug Industrie direkt im Blick und braucht jeden grünen Fleck. Selbst wenn ein Hafenausbau der HGK als städtischer Gesellschaft steigende Einnahmen verschaffen würden, kann das nicht schwerer wiegen als die Bedürfnisse der Menschen nach Erholung und das eindeutige Votum der 38.000, die gegen den Ausbau unterschrieben haben.

Es ist ohnehin fraglich, ob ein Ausbau des Godorfer Hafens ökonomisch sinnvoll ist. Die HGK geht von einer stetig wachsenden Binnenschifffahrt aus, Krisen wie die

jetzige Rezession kommen darin nicht vor. Die HGK handelt wie ein privatkapitalistisches Unternehmen und würde damit Überkapazitäten schaffen, z.B. in direkter Konkurrenz zum Duisburger Hafen.

Das Hauptargument der Ausbau-Befürworter sind die Arbeitsplätze. Doch angesichts dieser Perspektiven ist es fraglich, wie viele Jobs entstehen. Containerverkehr ist nicht arbeitsplatzintensiv.

Wenn die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften 60 Millionen Euro zur Schaffung von Arbeitsplätzen investieren wollen, sollten sie dies an anderer Stelle tun, z.B. im Wohnungsbau oder bei der Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen.

DIE LINKE. im Rat lehnt den Ausbau des Godorfer Hafens ab und wird sich weiterhin an den Aktionen der Ausbau-Gegner beteiligen. Wenn noch mehr Menschen auf die Straße und sich der Zerstörung direkt entgegen stellen, kann es noch gelingen, das wahnwitzige Projekt zu stoppen.

Claus Ludwig

Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus

„Wir sagen NEIN zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir sagen NEIN zur Diskriminierung von Minderheiten. Wir stellen uns schützend vor diejenigen, die diffamiert werden.“ Unter diesem Leitsatz wurde am 26. Januar 2009 im Bezirksrathaus in Ehrenfeld ein Bündnis gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Der Bezirksbürgermeister Joseph Wirges hatte zu diesem Treffen eingeladen. Mitglieder aller demokratischen Parteien in der Bezirksvertretung: SPD, Grüne, wir die LINKE, ja sogar die CDU und FDP wollten damit ein Zeichen setzen. Alle demokratischen Parteien in Ehrenfeld sind sich einig in der Ablehnung der Provokationen von pro Köln. Bürgerinnen und Bürger aus dem Veedel sowie verschiedene religiöse Gemeinschaften haben sich dem Bündnis angeschlossen.

Am 14. Februar hat pro Köln erneut eine „Mahnwache“ vor der Moschee angekündigt. So versuchen sie wieder Angst und Skepsis zur Hetze gegen unsere muslimischen Mitbürger auszunutzen und ihre rassistischen Ideen zu verbreiten. Unser Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus ruft auf, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Ehrenfelds und darüber hinaus, gegen die geplanten Propaganda- und Hetzaktionen pro Kölns vor der Moschee zu demonstrieren.

Yesim Yesil-Bal (Bezirksvertreterin DIE LINKE, Ehrenfeld)

**Treffpunkt: Vor und in dem Gelände der DITIB, Venloer Str. Ecke/Innere Kanalstraße
Samstag, 14. Februar, 10:00 Uhr**